

Niederschrift
über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz
am 06.05.2026

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:55 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Bernd Henrichsmeier
Herr Andreas Krieter
Herr Dr. Matthias Kulinna
Herr Tim Pollvogt
Frau Carla Steinkröger

SPD

Herr Michael Bartels
Herr Sven Malte Elgeti
Frau Lisa Marie Krätschmer
Herr Selçuk Solmaz

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Klaus Feurich-Tobien
Frau Karen Meyer
Herr Dominik Schnell

AfD

Herr Hendrik Mertens

Die Linke

Frau Merle Pohl
Herr Carsten Strauch

FDP

Herr Andreas Strack

Volt

Herr Stefan Schraub

Beratende Mitglieder

Herr Michael Holler-Göller

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Dr. Caroline Pons

Verwaltung

Herr Martin Adamski	Beigeordneter Dezernat 3
Frau Tanja Möller	Leiterin Umweltamt
Herr Dietmar Althaus	Umweltamt
Frau Melanie Mettlen	Umweltamt
Frau Birgit Reher	Umweltamt
Herr Dr. Clemens Pues	Kfm. Leiter Umweltbetrieb
Herr Sven Dodenhoff	Bauamt

Berichterstattung zu TOP 6

Prof. Dipl.-Des. Dirk Fütterer	Hochschule Bielefeld
--------------------------------	----------------------

Schriftführung

Frau Hanna Stemme	Umweltamt
-------------------	-----------

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Schnell, begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung fest.

Herr Schnell weist auf die Audioaufzeichnungsgeräte hin.

Der Vorsitzende verpflichtet den sachkundigen Bürger, Herrn Elgeti, mit folgender Formel:

„Ich verpflichte mich, meine Aufgaben als Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt zu erfüllen.“

Herr Elgeti bekundet sein Einverständnis, er und Herr Schnell unterschreiben die Verpflichtungsniederschrift.

Herr Schnell weist darauf hin, dass der Vortrag unter Tagesordnungspunkt 6 im Anschluss an den Tagesordnungspunkt 2 behandelt werde.

Die Mitglieder des Ausschusses bekunden ihre Zustimmung.

-.-.-

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 1. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 25.02.2026

Es ergeht folgender

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 1. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 25.02.2026 wird genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

-.-.-

Zu Punkt 3

Anfragen

Zu Punkt 3.1

Anfrage der Die Linke-Fraktion zum Thema Schadstoffbelastung im Trinkwasser - vom Betriebsausschuss Umweltbetrieb am 15.04.2026 verwiesen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1020/2025-2030

Herr Schnell weist darauf hin, dass die Anfrage von dem Betriebsausschuss Umweltbetrieb an den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz verwiesen worden sei.

Herr Strauch bedankt sich für die vorliegende Antwort und erkundigt sich, wie häufig Proben bezüglich PFAS entnommen würden und ob in den vergangenen Jahren ein Anstieg der PFAS-Werte im Trinkwasser zu verzeichnen gewesen sei.

Anmerkung der Schriftführung:

Die Nachfrage wurde im Nachgang der Sitzung an die Stadtwerke Bielefeld GmbH weitergeleitet und wie folgt beantwortet:

Die Wasserwerke bzw. Wasserbehälter werden in der Regel jährlich auf PFAS untersucht. Am Wasserwerk 02 in Sennestadt erfolgt aufgrund der örtlichen Situation eine vierteljährliche Beprobung der Brunnen. Das Trinkwasseruntersuchungsprogramm wird mindestens jährlich mit dem Gesundheitsamt abgestimmt. Die bisherigen Ergebnisse zeigen konstante Werte ohne steigende Tendenz.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 3.2

Bielefeld Klimaneutral 2030 (Anfrage der FDP vom 09.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1146/2025-2030

Auf Nachfrage von Herrn Strack führt Frau Möller aus, dass die Frage nach den durch das Programm entstandenen Kosten dahingehend verstanden worden sei, dass damit die Folgekosten der genannten Maßnahmen gemeint seien.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 3.3

Flächen mit Altlasten in Bielefeld (Anfrage der FDP vom 14.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1145/2025-2030

Herr Adamski führt auf Nachfrage von Herrn Strack aus, dass für eine Entwicklung der Flächen mit Vorbelastungen der Gefährdungs- und Sanierungsgrad und die Bereitschaft der Vorhabensträger entscheidend seien.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.4 Freiwillige Angebote Umweltamt (Anfrage der FDP vom 21.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1186/2025-2030

Herr Schnell weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt verfragt werde, da die Beantwortung noch ausstehe.

- verfragt -

-.-.-

Zu Punkt 3.5 Fällungen FFH-Wald an der Hünenburg (Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen vom 29.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1269/2025-2030

Herr Adamski führt aus, dass nach seinem Eindruck den Waldbesitzenden durchaus bewusst sei, welche Maßnahmen rechtlich zulässig seien und welche nicht. Bei eindeutigen rechtlichen Verstößen werde diesen konsequent nachgegangen, er sei dankbar für Hinweise.

Herr Feurich-Tobien weist auf die Problematik hin, dass eine Wiederherstellung des Status quo nach dem Fällen von Bäumen kurzfristig nicht zu realisieren sei.

-Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 4 Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnungen

Es liegen keine unerledigten Punkte der letzten Tagesordnungen vor.

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1

Vorstellung Baumkataster (Antrag der CDU und SPD vom 22.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1170/2025-2030

Frau Steinkröger bringt den Antrag kurz ein.

Herr Adamski begrüßt die Vorstellung des Baumkatasters im Ausschuss.

Herr Schnell greift eine Anregung zur Änderung des Beschlusstextes auf, wonach die Vorstellung „in einer der nächsten Sitzungen“ erfolgen solle, und stellt die Zustimmung der Ausschussmitglieder fest.

Sodann ergeht folgender, abgeänderter

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz (AfUK) der Stadt Bielefeld beschließt:

Das Umweltamt wird beauftragt dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz *in einer der nächsten Sitzungen* das aktuelle Baumkataster vorzustellen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.2

Vorstellung des Projektes BieNe (Antrag der CDU und SPD vom 22.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1171/2025-2030

Herr Dr. Kulinna bringt den vorliegenden Antrag kurz ein. Er schildert, dass das Projekt BieNe im Jahr 2028 auslaufe. Er wünsche die Vorstellung darüber, was bisher geleistet worden sei, welche Chancen und Probleme es gegebenenfalls gebe und wie der weitere Verlauf aussehe. Vor allem solle aufgezeigt werden, wie städtische Bemühungen um Biodiversität noch besser mit dem Projekt verbunden werden könnten.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz (AfUK) der Stadt Bielefeld beschließt:

Die Verwaltung lädt die Leitung des Projektes „Förderung von blüten-suchenden Insekten in der Stadt Bielfeld durch den Aufbau eines Bielefelder Netzes (BieNe)“ zu einer der nächsten Sitzungen des AfUK ein, über die Fortschritte des Projektes zu berichten.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.3 Schriftliche Begründung von Ablehnungen durch Naturschutzbeirat (Antrag der CDU und SPD vom 22.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1172/2025-2030

Herr Bartels bringt den vorliegenden Antrag ein. Der Naturschutzbeirat solle zukünftig jede ablehnende Entscheidung kurz begründen.

Ursprünglicher Antragstext:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz (AfUK) der Stadt Bielefeld beschließt:

Der Naturschutzbeirat begründet künftig jede ablehnende Entscheidung zu einem beratenden Vorhaben. Diese Begründung ist den Mitgliedern des AfUK sowie den entsprechenden Bezirksvertretungen kurz und nachvollziehbar schriftlich dazustellen.

Frau Möller erläutert, dass der Naturschutzbeirat ein Beirat bei der Unteren Naturschutzbehörde sei. Dies bedeute, dass dieser beratende und in Teilen auch weitergehende Funktionen gegenüber der Naturschutzbehörde habe.

Die Beiratsarbeit sei rechtlich definiert: in welchem Rahmen sie stattzufinden habe und welche Rechten und Pflichten dem Beirat zukämen.

So werde der Beirat im Rahmen der Beteiligungsfälle angehört, dies betrifft die Entscheidungen der Unteren Naturschutzbehörde in Bezug auf naturschutzrechtliche Befreiungen.

Herr Feurich-Tobien bedankt sich für die Erläuterungen. Der Ausschuss sei dem Naturschutzbeirat nicht weisungsbefugt. Nachfragen zu den Beteiligungsfällen seien bisher immer hilfreich beantwortet worden. Er schildert, dass er den Inhalt des Antrags teils für rechtlich nicht zulässig und teils für bereits gegeben halte und empfiehlt, den Antrag zurückzuziehen. Würde der Antrag nicht zurückgezogen, würden Bündnis 90/Die Grünen diesen ablehnen.

Herr Pollvogt führt aus, dass bei Ablehnungen kurze Stichworte in der Liste der Beteiligungsfälle für eine Einordnung ausreichend seien.

Herr Schnell schlägt vor, den Beschluss als eine Bitte zu formulieren.

Herr Strauch erläutert, dass er, wie von Herrn Pollvogt vorgeschlagen, kurze Erläuterungen in der Liste der Beteiligungsfälle bei Ablehnungen für hilfreich halte, um diese nachvollziehen zu können.

Frau Möller weist darauf hin, dass im Zuge des Antrags das seit Jahren praktizierte Verfahren, die Listen im nichtöffentlichen Teil einzustellen, nochmals geprüft worden sei. Sie gibt zu berücksichtigen, dass es keine Grundlage gebe, die Listen an dieser Stelle (im öffentlichen Sitzungsteil) zu hinterlegen.

Herr Adamski empfiehlt, dass der Naturschutzbeirat um die kurze Erläuterung gebeten werde. Es gehe um die Nachvollziehbarkeit und nicht um eine Bevormundung.

Frau Steinkröger und Herr Bartels folgen diesem.

Herr Feurich-Tobien stellt klar, dass es nur um die Liste der Beteiligungsfälle gehe.

Herr Schnell fasst die Ausführungen zusammen und verliest folgenden Beschlussvorschlag aufgrund der vorherigen Einbringungen:
Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz bittet den Naturschutzbeirat künftig die Beteiligungsfälle bei Ablehnungen zur Einordnung kurz zu begründen.

Es ergeht folgender, abgeänderter

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz bittet den Naturschutzbeirat künftig die Beteiligungsfälle bei Ablehnungen zur Einordnung kurz zu begründen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.4

Statusbericht Bielefeld Klimaneutral (Antrag der CDU und SPD vom 22.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1173/2025-2030

Frau Steinkröger bringt den vorliegenden Antrag ein. Die Verwaltung solle gebeten werden vorzustellen, welche beschlossenen Maßnahmen aufgrund der aktuellen Haushaltslage noch realisierbar seien.

Frau Meyer äußert, dass sie dem Grundgedanken des Antrags folgen könne, sie habe jedoch Probleme mit den Absätzen zwei und drei. Die Formulierung, ob Bielefeld noch in der Lage sei, fände sie vom Wortlaut nicht passend gewählt. Zusätzlich halte sie dies zum jetzigen Zeitpunkt bei nicht abgeschlossenen Haushaltsberatungen inhaltlich für schwierig. Sie gehe davon aus, dass die im dritten Absatz angesprochene Priorisierung bereits durchgeführt worden sei.

Sie bringt einen Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut ein:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz (AfUK) der Stadt Bielefeld beschließt:

Die Verwaltung wird kurzfristig um eine Aufstellung gebeten, welche der im Oktober 2024 beschlossenen Maßnahmen („Bielefeld Klimaneutral 2030“; Drucksache 8328/2020-2025) in der Planung bzw. Umsetzung sind und welche davon durch beschlossene Förderprogramme abgedeckt sind.

Hinweis der Schriftführung:

Der Änderungsantrag ist unter 5.4.1 aufgenommen worden. Die Aussprache und Abstimmung erfolgen zusammen unter TOP 5.4.

Frau Steinkröger weist darauf hin, dass es sich fast nur um redaktionelle Änderungen handele. Sie wolle den ersten Absatz gerne wie beantragt beibehalten.

Herr Feurich-Tobien erläutert, dass er Schwierigkeiten im ursprünglichen Antrag sehe. Bei der Gewichtung und Entscheidung, was realisierbar sei und was zurückgestellt werden müsse, handele es sich um eine Aufgabe der Politik und nicht um eine der Verwaltung.

Frau Steinkröger stellt klar, dass es um die Vorstellung durch die Verwaltung gehe, die Entscheidung erfolge im Schritt danach durch die Politik.

Herr Strauch merkt an, dass der Statusbericht regelmäßig in den Ausschuss eingebracht werde, somit handele es sich hier um einen vorgezogenen Bericht.

Herr Schnell fasst zusammen, dass neben dem ursprünglichen Antrag ein ersetzender Änderungsantrag vorliege. Der ursprüngliche Antrag stelle den weitreichenderen dar.

Er lässt über den Antrag unter TOP 5.4 abstimmen, dieser wird mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen, sodass keine Abstimmung des Antrages unter 5.4.1 erfolgt.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz (AfUK) der Stadt Bielefeld beschließt:

Die Verwaltung wird kurzfristig um eine Vorstellung gebeten, welche der im Oktober 2024 beschlossenen Maßnahmen („Bielefeld Klimaneutral bis 2030“, Drucksache 8328/2020-2025) aufgrund der aktuellen Haushaltslage noch realisierbar sind bzw. zurückgestellt werden müssen.

In diesem Zusammenhang bewertet die Verwaltung auch, ob Bielefeld noch in der Lage ist die beschlossenen Förderprogramme umzusetzen bzw. welche gegenwärtig in der Umsetzung sind.

Des Weiteren erbittet der AfUK einen Bericht, wie mit der Umsetzung der in den einzeln aufgeführten Strategien im Verhältnis zu ihrer Wirksamkeit umgegangen wurde bzw. wird.

- mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.4.1 Antrag zu TOP "Statusbericht Bielefeld Klimaneutral", Drucksachennummer 1173/2025-2030 (Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 06.05.2026)

Hinweis der Schriftführung:

Es erfolgte die gemeinsame Aussprache und Protokollierung unter TOP 5.4.

Mündlich eingebrachter Antragstext:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz (AfUK) der Stadt Bielefeld beschließt:

Die Verwaltung wird kurzfristig um eine Aufstellung gebeten, welche der im Oktober 2024 beschlossenen Maßnahmen („Bielefeld Klimaneutral 2030“; Drucksache 8328/2020-2025) in der Planung bzw. Umsetzung sind und welche davon durch beschlossene Förderprogramme abgedeckt sind.

- mit anderem Punkt zusammen beraten und abgestimmt -

-.-.-

Zu Punkt 5.5

Abpflastern - Teilnahme am bundesweiten Wettbewerb für ein grünes Bielefeld (Antrag von Bündnis90/Die Grünen und Die Linke vom 28.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1275/2025-2030

Herr Feurich-Tobien bringt den Antrag „Abpflastern – Teilnahme am bundesweiten Wettbewerb für ein grünes Bielefeld“ ein. Der Antrag der FDP unter 5.5.1 werde von ihnen abgelehnt. Bei Bedarf sei die getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte möglich.

Frau Pohl bittet um Zustimmung des Antrages.

Herr Strack bringt den Änderungsantrag unter TOP 5.5.1 mit dem Inhalt ein, die Punkte 2 bis 5 zu streichen. Er führt aus, dass er den Punkten 1 und 6 des Antrags zustimme, die anderen Punkte jedoch anders geregelt werden könnten.

Frau Steinkröger bittet um eine Information der Verwaltung über die Kosten.

Herr Adamski erläutert, dass zwischen dem öffentlichen und privaten Raum zu unterscheiden sei. Er verstehe den Antrag so, dass es primär um die Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger gehe.

Herr Bartels betrachtet die einzelnen Punkte des Antrages. Es bestehe Einigkeit darüber, dass Punkt 1 zutreffend sei. Ob der unter Punkt 2 genannte Leitfaden ausreichend sei, könne er zum jetzigen Zeitpunkt nicht beurteilen. Punkt 3 müsse kostenneutral dargestellt werden, gegebenenfalls müsse dieser Punkt des Antrages gestrichen werden. Die Punkte 4 und 5 könnte er sich im Rahmen von Patenschaften vorstellen.

Herr Holler-Göller berichtet, dass er als Vertreter des Seniorenrates den Antrag unterstütze. Es gehe um die Verhinderung gesundheitlicher Folgen.

Frau Dr. Pons erkundigt sich nach der Möglichkeit der Entsiegelung von Schulhöfen.

Frau Möller führt hierzu aus, dass das Projekt zur klimaangepassten Gestaltung von Schulhöfen über das Klimaanpassungsmanagement bereits intensiviert werde.

Herr Feurich-Tobien schlägt vor, den Punkt 3 aus dem Antrag herauszunehmen. Bei Punkt 4 handele es sich um einen Prüfauftrag. Der Leitfaden unter Punkt 2 solle auf Bielefeld zugeschnitten werden.

Herr Bartels führt aus, dass aufgrund der Haushaltslage die finanziellen Auswirkungen beachtet werden müssten.

Frau Pohl weist auf die hohen Kosten des Klimawandels in der Zukunft hin.

Frau Steinkröger entgegnet, dass der Gedanke an die Haushaltssicherung nicht außer Acht gelassen werden dürfe.

Frau Krätschmer führt aus, dass sie davon ausgehe, dass die Einstellungen zu Punkt 4 nicht so weit auseinanderlägen.

Herr Strack schlägt vor, sich auf den schmalsten Grad für dieses Jahr mit dem geringsten Aufwand zu einigen.

Herr Schraub äußert, dass er die Problematik der Finanzierung verstehe. Er könne jedoch dem Gedanken nicht folgen, dass Flächen nur dann entsiegelt würden, wenn sich private Initiativen fänden, die diese pflegten. Dies könne nicht die Bedingung sein, dass Flächen entsiegelt würden. Der Natur- und Klimaschutz sollte allen so wichtig sein, dass dieser nicht nur unter solch schwierigen Bedingungen stattfinde.

Frau Meyer nimmt einen großen Konsens wahr. Ansinnen von Punkt 4 sei die Förderung von privaten Initiativen. Punkt 3 könne herausgenommen werden.

Nach kurzer Diskussion schlägt Herr Feurich-Tobien zur Lösungsfindung vor, den Punkt 3 zurückzuziehen und den Punkt 4 um das Wort kostenneutral zu ergänzen.

Herr Schnell wiederholt dieses, nimmt die Zustimmung wahr und lässt über die einzelnen Punkte getrennt abstimmen.
Über den Änderungsantrag unter TOP 5.5.1 erfolgt keine Abstimmung.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Die Stadt Bielefeld beteiligt sich zukünftig am bundesweiten Wettbewerb „Abpflastern“ - bereits ab der Saison 2026 (vom 21.03.2026 bis zum 31.10.2026).

Zur Umsetzung sollen unter anderem folgende Maßnahmen geprüft und zeitnah umgesetzt werden:

- 1. Die Stadt informiert über ihre Kanäle über die Initiative „Abpflastern“, das Thema Entsiegelung, bestehende Förderprogramme**

auf kommunaler, Landes- und Bundesebene und über Möglichkeiten, wie sich Bielefelderinnen und Bielefelder daran beteiligen können.

- einstimmig beschlossen -

2. Die Verwaltung erstellt einen einfachen Leitfaden (beispielsweise auf Basis von: https://www.abpflastern.de/wp-content/uploads/2026/03/Abpflastern_Anleitung_Poster_Steine-ins-Rollen-bringen-scaled.png) mit zusätzlicher Pflanzliste, in dem Entsiegelung und Bepflanzung mit heimischen Pflanzen Schritt-für-Schritt dargestellt werden.

- mit Mehrheit beschlossen -

3. Die Verwaltung prüft, wie der Umweltbetrieb die Teilnehmenden unterstützen und somit das Entsiegeln vereinfachen kann – beispielsweise bei der Entsorgung des anfallenden Entsiegelungsmaterials.

- zurückgezogen -

4. Die Verwaltung prüft, unter welchen Voraussetzungen Entsiegelung im öffentlichen Raum durch private Initiativen vorgeschlagen und *kostenneutral* umgesetzt werden können.

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit Mehrheit beschlossen -

5. Die Stadt bietet die Möglichkeit, alle Akteure der Stadtgesellschaft, die sich an Abpflasteraktionen beteiligen wollen, auf der Website der Stadt zu listen, um sich kontaktieren und unterstützen zu können (Vernetzungsangebot).

- mit Mehrheit beschlossen -

6. Ende des Jahres zieht die Verwaltung Bilanz über die Teilnahme am Wettbewerb und stellt das Ergebnis der Öffentlichkeit vor.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5.5.1 Antrag zu TOP "Abpflastern - Teilnahme am bundesweiten Wettbewerb für ein grünes Bielefeld", Drucksachennummer 1275/2025-2030 (Antrag der FDP vom 06.05.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1283/2025-2030

Antragstext:

Ersatzlose Streichung der Punkte 2 bis 5.

Hinweis der Schriftführung:

Es erfolgte die gemeinsame Aussprache zusammen mit TOP 5.5, die entsprechende Protokollierung ist dort zu finden.

- mit anderem Punkt zusammen beraten und abgestimmt -

-.-.-

Zu Punkt 5.6 Rationale Klimaschutzpolitik mit Konzentration und Konsistenz (Antrag der FDP-Fraktion vom 30.03.2026) - vom Rat am 23.04.2026 verwiesen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1040/2025-2030

Herr Strack bringt den vorliegenden Antrag ein. Es solle das von der Bundesregierung festgelegte Ziel der Klimaneutralität im Jahr 2045 verfolgt werden.

Herr Feurich-Tobien äußert seine Fassungslosigkeit über den Antrag. Sie würden den Antrag aus mehreren Gründen ablehnen: Den Beschluss auf Bundesebene mit dem Ziel 2045 habe das Bundesverfassungsgericht bereits kritisiert. Dieses Ziel sei nicht ausreichend und liege viel zu weit in der Zukunft. Die unter Punkt 2 erbetene Planung der Verwaltung liege bereits vor. Zu Punkt 3 führt er aus, dass die Einrichtung des Klimabeirates sich bewährt habe. Er appelliert, dass dringend erkannt werden solle, dass gehandelt werden müsste.

Frau Pohl schließt sich den Ausführungen an und unterstreicht die kommunale Vorbildfunktion sowie das erforderliche Engagement der Stadt. Politik bedeute auch, vorausschauend zu agieren. Folgerichtig lehne sie den Antrag ab.

Herr Bartels erklärte, dass auch sie den Antrag ablehnen würden. Der Klimabeirat habe sich als wichtiges Diskussionsforum bewährt, auf das nicht verzichtet werden solle. Zudem sei der Klimanotstand Realität und könne nicht per Beschluss abgeschafft werden.

Herr Strack stellte infrage, ob der Klimabeirat zielführend agiere. Die zur Verfügung stehenden Mittel sollten zielorientiert eingesetzt werden. Es gelte, isolierte Einzelmaßnahmen zu vermeiden. Zudem dürfe das Erreichen der Klimaziele nicht als Wettbewerb oder Wettrennen verstanden werden.

Herr Feurich-Tobien entgegnet bezüglich des Wettrennens, dass keine Zeit zu verlieren sei. Je schneller die Klimaneutralität erreicht werde, desto besser. Die Stadt müsse hierbei mit gutem Beispiel vorangehen.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Antrag wird mit Mehrheit abgelehnt.

-.-.-

Zu Punkt 6

„Zukunft gestalten“ - Kooperationsprojekt des Bereichs Klimaschutz & Nachhaltigkeit mit dem Fachbereich Gestaltung der Hochschule Bielefeld

Herr Schnell begrüßt Frau Mettlen, Umweltamt, und Herrn Prof. Dipl.-Des. Fütterer, Hochschule Bielefeld.

Nach einer kurzen Einführung durch Frau Mettlen referiert Herr Prof. Dipl.-Des. Fütterer zum Thema „„Zukunft gestalten“ - Kooperationsprojekt des Bereichs Klimaschutz & Nachhaltigkeit mit dem Fachbereich Gestaltung der Hochschule Bielefeld“.

Hinweis der Schriftführung:

Der Vortrag ist anhand der im Ratsinformationssystem eingestellten Präsentation nachzuvollziehen.

Die Ausschussmitglieder bedanken sich für den Vortrag und die vielen neuen Einblicke.

Herr Adamski betont die Relevanz des Themas und hebt hervor, dass der Ansatz einen neuen Weg darstelle, die Öffentlichkeit zu erreichen.

Auf Nachfragen führt Herr Prof. Dipl.-Des. Fütterer aus, dass es sich um ein Pilotprojekt gehandelt habe. In diesem Stadium sei es nicht um die konkrete technische Umsetzung, sondern vorrangig um die Kommunikation gegangen. Für die Zukunft schlägt er vor, von städtischer Seite verstärkt die Zusammenarbeit zu suchen, idealerweise bereits in einer frühen Konzeptionsphase. Er regte eine noch engere Verzahnung an.

Frau Steinkröger äußert, dass sie sich freuen würde, wenn das Vorge stellte zu konkreten Umsetzungen und zur Gründung von Start-ups führen würde.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 7

Auslobung eines freiraumplanerischen Wettbewerbs "Neugestaltung Brackweder Freiraumband"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1089/2025-2030

Herr Schnell begrüßt Herrn Dodenhoff, Bauamt, für mögliche Rückfragen zum Tagesordnungspunkt „Auslobung eines freiraumplanerischen Wettbewerbs „Neugestaltung Brackweder Freiraumband““.

Herr Pollvogt beantragt die erste Lesung, um die Beratungen in der Bezirksvertretung Brackwede am folgenden Tag abzuwarten.

Herr Dodenhoff bittet um heutigen Beschluss der vorliegenden Vorlage. In der politischen Arbeitsgruppe sei die Auslobung ausführlich vorbesprochen

worden, die Signale seien positiv gewesen. Er verwies auf den engen Zeitplan. Der Wettbewerb solle nach Möglichkeit noch vor der Sommerpause anlaufen.

Herr Feurich-Tobien teilt die Ansicht von Herrn Pollvogt, grundsätzlich die Beratungen der Bezirksvertretungen abzuwarten. Im vorliegenden Fall schlägt er jedoch aufgrund der zeitlichen Abfolge und des reinen Empfehlungscharakters des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz an den Stadtentwicklungsausschuss vor, am heutigen Tag einen Beschluss - vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksvertretung Brackwede - zu fassen.

Herr Schnell stellt das Einvernehmen bezüglich der vorgeschlagenen Ergänzung „vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksvertretung Brackwede“ fest.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss *vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksvertretung Brackwede* zu beschließen:

- 1. Die als Anlage beigefügte Auslobung des freiraumplanerischen Wettbewerbs zur Neugestaltung des Brackweder Freiraumbandes wird europaweit bekannt gemacht.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Wettbewerbsverfahren als nichtoffenen Realisierungswettbewerb mit vorgeschaltetem Bewerbungsverfahren nach den „Richtlinien für Planungswettbewerbe RPW 2013“ durchzuführen.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einigen Enthaltungen einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Neufassung der Entgeltordnung der Stadt Bielefeld für besondere Dienstleistungen des Umweltbetriebes

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0700/2025-2030

Herr Schnell begrüßt Herrn Dr. Pues, Umweltbetrieb, für mögliche Rückfragen.

Auf Nachfrage von Herrn Strack erläutert Herr Dr. Pues, dass bundesweiten Erfahrungen zufolge keine unmittelbaren Zusammenhänge zwischen der Höhe des Sperrmüllentgelts und illegalen Müllablagerungen feststellbar seien.

Frau Krätschmer beantragt die erste Lesung für eine weitere Beratung in den Fraktionen.

Herr Adamski weist auf die Eilbedürftigkeit des Beschlusses hin.

Frau Steinkröger schließt sich dem Antrag auf die erste Lesung an.

Herr Henrichsmeier schlägt eine kurze Sondersitzung vor der kommenden Ratssitzung vor.

Herr Feurich-Tobien schließt sich diesem an.

Herr Schnell stellt die Zustimmung der Ausschussmitglieder zur 1. Lesung fest.

- 1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 9

Renaturierung der Reiherbachniederung, Ökokonto Osthus

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1038/2025-2030

Herr Schnell begrüßt Herrn Althaus, Umweltamt, als Vortragenden. Herr Althaus berichtet über die Renaturierung der Reiherbachniederung und das Ökokonto Osthus.

Hinweis der Schriftführung:

Der Vortrag ist anhand der im Ratsinformationssystem eingestellten Präsentation nachzuvollziehen.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich für den Vortrag.

Frau Dr. Pons bittet um Einbindung des Beirates für Behindertenfragen, insbesondere für die Gestaltung barrierefreier Wanderwege.

Herr Adamski unterstreicht die Relevanz, Kompensationsflächen zu schaffen. Zusammenfassend führte er aus, dass das Vorhaben die Errichtung neuer Infrastruktur sowie eine ökologische Aufwertung beinhalte und diese Maßnahme zudem refinanziert werden könne.

Herr Dr. Kulinna lobt das Vorhaben als gelungenes Projekt, welches sich zu einem Touristenmagnet entwickeln könne.

Herr Adamski führt auf Nachfrage von Herrn Dr. Kulinna aus, dass der Weg selbst nicht refinanziert werde, dies jedoch für alle anderen Maßnahmen des Projektes zutreffe.

Herr Feurich-Tobien äußert seine Begeisterung für die Maßnahme, bedauert jedoch, dass die ursprüngliche Planung aufgrund der PFAS-Belastung nicht realisiert werden könne.

Auf Nachfrage von Herrn Feurich-Tobien führt Frau Möller aus, dass für Trink-, Grund- und Oberflächenwasser unterschiedliche Grenz- und Richtwerte bezüglich PFAS gelten würden. Da der aktuelle Zustand hinsichtlich der PFAS-Werte nicht optimal sei, zielen die Planung auf eine Stabilisierung

ab, um einen weiteren Eintrag in die Fläche zu verhindern. Perspektivisch werde eine Verbesserung der Werte angestrebt.

Auf Nachfrage von Herrn Strack teilt Frau Möller mit, dass die veranschlagte Summe nach jetzigem Stand eingehalten werde, sollte sich eine Veränderung ergeben, müsse entsprechend darauf reagiert werden.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beschließt die Renaturierungsplanung des Reiherbachabschnitts Osthus samt Fuß- und Radweg entlang der Karl-Triebold-Straße bis zur Ummelner Straße und beauftragt die Verwaltung mit deren Umsetzung.

- einstimmig beschlossen -

-.--

Zu Punkt 10

Bericht Energieberatung 2025

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1058/2025-2030

Herr Schnell schlägt vor, TOP 10 und 10.1 zusammen zu beraten. Er begrüßt Frau Reher, Umweltamt.

Frau Reher berichtet kurz über die Energieberatung 2025.

Sie bestätigt auf Nachfrage von Herrn Strauch die Annahme, dass der Beratungsbedarf der Bürgerinnen und Bürger gleichbleibend hoch sei. Herr Strauch führt aus, dass diese wichtige Arbeit perspektivisch eher ausgebaut als eingekürzt werden müsse. Infolgedessen lehne er den Antrag der FDP unter TOP 10.1 ab.

Herr Mertens hinterfragt, ob durch diese Maßnahme eine doppelte Struktur geschaffen werde. Das Haus der Technik biete auch Beratungen an.

Frau Reher legt dar, dass die Hürden für Beratungen durch die Stadtwerke oder die Verbraucherzentrale höher seien als die Beratung durch die Stadt Bielefeld. Es gehe um ein niederschwelliges, kostenloses Angebot vor Ort.

Herr Strack bringt den Antrag „Deine Energieberatung“ unter TOP 10.1 ein. Er verweist auf die bestehenden, qualitativen Angebote der Stadtwerke und der Verbraucherzentrale. Die Stadtwerke böten inhaltlich die gleiche Beratung wie das Umweltamt an. Da es sich hierbei nach seiner Auffassung nicht um eine kommunale Aufgabe handele, plädiert er dafür, dass die Stadt diesen Service einstelle und die Stadtwerke dies abdecke.

Herr Adamski hebt die Unterschiede zwischen den Beratungen hervor. Durch die niederschwellige und kostenlose Vorberatung im Rahmen der Energieberatung durch die Stadt ließen sich oftmals Bedenken der

Bürgerinnen und Bürger frühzeitig ausräumen. Die Äußerungen von Herrn Strack teile er eindeutig nicht.

Herr Feurich-Tobien stellt klar, dass es sich bei den Stadtwerken Bielefeld um einen Energiedienstleister handle. Er verweist auf die vorliegende Evaluation sowie den Aspekt der Unabhängigkeit der Stadt. Die Stadtwerke seien zwar eine hundertprozentige Tochtergesellschaft, agierten jedoch als privatisiertes Unternehmen mit Gewinnerzielungsabsicht. Der Antrag würde ausdrücklich abgelehnt.

Herr Bartels erklärt, dass die Beratungen ihren Preis wert sei und deren Nutzen die Kosten sogar übersteige. Er betont die Wichtigkeit der unabhängigen, kostenlosen Beratungsangebote. Die vorliegende Evaluation spreche hierzu eine eindeutige Sprache.

Frau Möller erläutert, dass es um eine niederschwellige, kostenfreie Erstberatung gehe.

Herr Schraub hält den Ansatz, die kostenfreien Beratungen der Stadt als Erstberatung anzubieten, für sinnvoll.

Herr Dr. Kulinna erinnert an den früheren Antrag der CDU zur einer neutralen Energieberatung, welcher mit der bereits genannten Argumentation begründet worden sei. Seine Fraktion werde den Antrag der FDP ablehnen.

Herr Strack betont, dass die Durchführung der kostenlose Erstberatung über die Stadtwerke abgewickelt werden könne.

Herr Schnell lässt über den Antrag unter TOP 10.1 abstimmen. Der Antrag wird mit Mehrheit abgelehnt.

-Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 10.1 "Deine Energieberatung" (Antrag der FDP vom 10.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1079/2025-2030

Hinweis der Schriftführung:

Die Aussprache und Protokollierung erfolgten unter TOP 10.

Beschluss:

Der Antrag wird mit Mehrheit abgelehnt.

Zu Punkt 11 Bericht zur Verlosung von Steckersolarmodulen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1130/2025-2030

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 12 Bielefelder Klimabeirat

Zu Punkt 12.1 Bericht aus dem Bielefelder Klimabeirat

Bislang fand in der aktuellen Wahlperiode noch keine Sitzung des Bielefelder Klimabeirates statt, so dass eine Berichterstattung entfällt.

-.-.-

**Zu Punkt 12.2 Änderungssatzung und Aktualisierung Geschäftsordnung
Bielefelder Klimabeirat**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0118/2025-2030

Hinweis der Schriftführung:

Die Aussprache und Protokollierung erfolgen an dieser Stelle für die Tagesordnungspunkte 12.2, 12.2.1, 12.2.2 und 12.2.3.

Herr Bartels bringt den Änderungsantrag unter TOP 12.2.2 ein. Die Besetzung des Bielefelder Klimabeirats sollte entsprechend des vorliegenden Änderungsantrages erfolgen.

Herr Strauch bringt den Änderungsantrag unter TOP 12.2.3 ein. Er plädiert dafür, das große Interesse der Initiativen durch die Einführung eines weiteren Sitzes zu würdigen. Zudem solle die Geschäftsordnung nicht geändert werden. Weitere Einschränkungen, beispielsweise im Hinblick auf Fristen, erachte er nicht für sinnvoll. Abschließend spricht er sich für ein auskömmliches Budget aus, damit der Klimabeirat weiterhin in der Lage sei, eigene Vorschläge einzubringen.

Herr Feurich-Tobien sieht die im Änderungsantrag der Koalition vorgesehene Besetzung kritisch. Die Zusammenfassung von Fachexperten, Wohlfahrtsverbänden und der Verbraucherzentrale berücksichtige nicht, dass diese Akteure inhaltlich kaum Überschneidungen aufweisen. Ähnlich verhalte es sich bei den zivilgesellschaftlichen Gruppen wie der Bezirksschülervertretung, dem Kinder- und Jugendrat sowie Fridays for Future. Letztere hätten seinerzeit die Einführung des Klimabeirates maßgeblich initiiert, weshalb Fridays for Future weiterhin ein eigener Sitz zustehen solle.

Herr Holler-Göller betont, wie wichtig ein eigener Sitz für die Arbeitsgemeinschaft Wohlfahrtsverbände (AGW) sei, da diese die Bedarfe vulnerabler Gruppen, insbesondere in Bezug auf das Thema Klima, gut kenne.

Herr Bartels führt aus, dass ihm mitgeteilt wurde, dass häufig die Stellvertretungen zusätzlich zu den ordentlichen Mitgliedern an den Sitzungen

teilgenommen hätten, sodass kein Argument vorliege, die Anzahl der Mitglieder aufzustocken. Er bittet um Zustimmung des Änderungsantrages von CDU und SPD.

Herr Schraub befürwortet die Anzahl von 15 Mitgliedern.

Herr Feurich-Tobien erläutert, der Inhalt des Änderungsantrages von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke fuße auf Vorschlägen des Klimabeirats. Er betont die Relevanz der Kinder- und Jugendbeteiligung, da es um deren Zukunft gehe. Bezugnehmend auf die Äußerung von Herrn Bartels gibt er zu bedenken, dass sich bei nur einem Sitz auch nur eine Person äußern und diese abstimmen dürfe. Einen einzigen Sitz für diese junge Altersgruppe bei insgesamt 15 Sitzen halte er für unzureichend.

Herr Schnell lässt über den weitergehenden Antrag unter 12.2.3 von Bündnis 90/Die Grünen und die Linken abstimmen. Dieser wird mit Mehrheit abgelehnt.

Herr Schnell lässt über den Änderungsantrag unter 12.2.2 von CDU und SPD abstimmen. Dieser wird mehrheitlich bei einigen Enthaltungen beschlossen.

Nachträglicher Hinweis der Verwaltung:

Die Verwaltung schlägt vor, die beschlossenen Änderungen im Rahmen einer Nachtragsvorlage (0118/2025-2030/1) dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz und dem Rat der Stadt Bielefeld vorzulegen.

- keine Abstimmung -

Zu Punkt 12.2.1 Stellungnahme des Bielefelder Klimabeirates zur Neustrukturierung

Hinweis der Schriftführung:

Die Aussprache und Protokollierung erfolgten unter TOP 12.2.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 12.2.2 Antrag zu TOP "Änderungssatzung und Aktualisierung Geschäftsordnung Bielefelder Klimabeirat", Drucksachennummer 0118/2025-2030 (Antrag der CDU und SPD vom 29.04.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1266/2025-2030

Hinweis der Schriftführung:

Die Aussprache und Protokollierung erfolgten unter TOP 12.2.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz (AfUK) empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

Die Besetzung des Bielefelder Klimabeirats (BKB) für die Wahlperiode 2025 -2030 mit jeweils 5 Sitzen für die Gruppierungen „zivilgesellschaftliche Gruppen“, „wirtschaftlich agierende Organisationen“ und „Fachexpert*innen“ gemäß der beigefügten Tabelle.

Anmerkung der Schriftführung:

Die Tabelle ist unter der Drucksachennummer 1266/2025-2030 einsehbar.

- mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12.2.3 Antrag zu TOP "Änderungssatzung und Aktualisierung Geschäftsordnung Bielefelder Klimabeirat", Drucksachennummer 0118/2025-2030 (Antrag von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 05.05.2026)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1277/2025-2030

Hinweis der Schriftführung:

Die Aussprache und Protokollierung erfolgten unter TOP 12.2.

Beschluss:

Der Antrag unter der Drucksachennummer 1277/2025-2030 wird mit Mehrheit abgelehnt.

-.-.-

Zu Punkt 13 Bericht aus dem Naturschutzbeirat

Frau Möller berichtet kurz über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung des Naturschutzbeirates am 28.04.2026. Behandelt worden seien im Wesentlichen die Themen „Renaturierung der Reiherbachniederung, Ökokonto Osthus“ und „Sachstandsbericht Naturnaher Gewässerausbau der Weser – Lutter“.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 14 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es liegt kein Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen aus vorangegangenen Sitzungen vor.
